

die Peiniger zu Wort. Ihre Gegenwart schafft eine beklemmende Atmosphäre. In den offiziellen Erlassen hebt und senkt sich gleichsam der Vorhang über dem neuen Akt in der Tragödie des deutschen Judentums, auf ihrem Hintergrund wird das Einzelschicksal authentisch eingeordnet in den großen Leidenszug. Erschütternder aber ist, wie die Elendsschilderungen der Deportierten die Tarnsprache der Schreibtischtäter mit grausiger Konkretheit füllen und entlarven. Den Verborgenen, die damals unter eigener Gefährdung zu den Ausgestoßenen hielten, sollte Dank und Verehrung aller gelten.

L. Volk SJ

Jakob Kaiser. Bd. 1. Erich Kosthorst: Der Arbeiterführer. Bd. 2. Elfriede Nebgen: Der Widerstandskämpfer. Stuttgart: Kohlhammer 1967. 286, 245 S. Lw. 27,- u. 24,-.

Angesichts der wenigen gründlichen Publikationen zur Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung und des politischen Katholizismus in Deutschland kann eine auf drei Bände angelegte Biographie über Jakob Kaiser nur begrüßt werden (Bd. 3 „Der Politiker“ Jakob Kaiser von Werner Conze, der die Zeit nach 1945 behandelt, erscheint im Laufe dieses Jahres).

Kosthorst beabsichtigt, mit der biographischen Darstellung zugleich einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und vor allem der christlichen Gewerkschaften zu liefern (7). „Die Untersuchung ihres Verhältnisses zu Politik und Staat im ausgehenden Wilhelminischen Reich, im Zusammenbruch der Monarchie und in den verschiedenen Phasen der Weimarer Republik ist ein wesentliches Anliegen der Arbeit“ (ebd.). Dieses Konzept sowie seine sorgfältige Durchführung seien als Vorzüge der Untersuchung hervorgehoben. Kaiser, der zunächst eine Buchbinderlehre absolvierte, im Kolpingverein eine führende Rolle spielte, durch die Bildungskurse des Volksvereins ging, Landesgeschäftsführer des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands sowie stellvertretender Vorsitzender der Rheinischen Zentrumsparterie war, bietet in Lebens-

weg und politischer Rolle ein durchaus typisches Bild unter den führenden Persönlichkeiten der katholisch-sozialen Bewegung Deutschlands vor 1933. Seine „preußische“, konservative und betont monarchische Orientierung, die ihn in Distanz zur Revolution von 1918 führte, kennzeichnen ihn ebenso wie der nüchterne Wirklichkeitssinn, mit dem er die Weimarer Republik als Chance des demokratischen und sozialen Engagements der Gewerkschaften begriff. Als ausgeprägt selbständige, ja vielfach unbequeme Persönlichkeit setzte er sich in der Weimarer Ära in scharfen Gegensatz zu übertrieben nationalen Strömungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften (wie sie vor allem das DGB-Blatt „Der Deutsche“ vertrat), aber auch zu irrealen Momenten im Konzept einer berufsständischen Neuordnung der Gesellschaft, wie es Theodor Brauer als der einflußreichste Theoretiker der christlichen Gewerkschaften vorgelegt hat. Seinen Grundsatz, daß die Gewerkschaften nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine allgemein politische Mission wahrzunehmen hätten, wußte er maßvoll, aber mit Nachdruck zu vertreten. Die im April 1933 unter seiner maßgeblichen Mitarbeit beschlossene Vereinigung aller Richtungsgewerkschaften in einer Einheitsgewerkschaft, wofür er bei den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften in Wilhelm Leuschner den entscheidenden Partner fand, konnte nicht mehr in die Tat umgesetzt werden.

Elfriede Nebgen, langjährige Mitarbeiterin Kaisers und nach 1945 mit ihm verheiratet, zeichnet aus dem persönlichen Miterleben ein detailliertes Bild des Widerstandskämpfers. Als offizielle berufliche Position übernahm Kaiser nach 1933 die Vertretung der materiellen Ansprüche aller ehemaligen Angestellten der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Arbeitsfront. Das Bündnis Kaisers mit Leuschner wurde zum Mittelpunkt des entstehenden Widerstandskreises. Beide waren der Auffassung, daß die Arbeiterschaft der Freien und christlichen Gewerkschaften im Augenblick des Umsturzes hinter ihnen stehen würde. „Es ist unbestreitbar, daß die Gewerkschaftsführer auf ziviler Seite über-

haupt die solideste Grundlage für den revolutionären Übergang zu bieten hatten“ (129). Der Umsturz selbst sollte mit Hilfe der Wehrmacht als der unentbehrlichen bewaffneten Macht vollzogen werden. Sie nahmen Verbindung mit Hammerstein und Beck, danach auch mit Goerdeler auf. Die Kabinettsliste sah u. a. Beck als Reichskanzler, Leuschner als Vizekanzler und Letterhaus als „Sprech“- oder Wiederaufbauminister vor. „Zunächst hätte die Regierung wohl auch autoritäre Züge getragen. Aber die Persönlichkeiten, die für das Kabinett vorgesehen waren, garantierten durchweg, daß Volksbewegung und autoritäre Regierungsform nur ein Übergang sein würden“ (186). Und ferner: „Der Wille zu zusammengefaßten Gewerkschaften, die Bereitschaft zur ideologischen Überwindung des Marxismus hatten zu einer so weit-

gehenden Übereinstimmung geführt, daß Jakob Kaiser wie auch die übrigen Arbeitervertreter, die zu dieser Gemeinschaft des Widerstandes gehörten, zu der Auffassung gekommen waren, es sei auch die Bildung einer Partei der Arbeit möglich und ratsam, in der die Arbeiterschaft zumindest einen starken Kern bilden würde, ohne selbstverständlich reine Arbeiterpartei zu sein“ (187). Von den Mitgliedern dieses Widerstandskreises überlebten nach dem 20. Juli 1944 nur Elfriede Nebgen und Kaiser. Wenn auch die Geschichtswissenschaft das Bild des hier geschilderten Widerstands noch ergänzen wird, so vermittelt doch die Verfasserin als Augenzeugin, als Mitakteur und aus genauer Tatsachenkenntnis einen Einblick in Zusammenhänge, die im Bild des deutschen Widerstands unentbehrlich sind.

A. Langner

Erwachsenenbildung

BECKER, Hellmut: *Quantität und Qualität*. Grundfragen der Bildungspolitik. 2., erweiterte Aufl. Freiburg: Rombach 1968. 454 S. Lw. 35,-.

Schon im Vorwort zur 1. Auflage (1962) faßt Becker das zentrale Anliegen seines Buches mit 27 Vorträgen und Aufsätzen aus den Jahren 1948–1961 folgendermaßen zusammen: „Es kommt darauf an, die Grundaufgabe moderner Bildungspolitik zu lösen: die Verbindung des Gedankens der Gleichheit aller mit der Entfaltung der persönlichen Qualität des einzelnen“ (8). Diese Forderung erläutert er auch in seinen beiden Vorträgen aus dem Jahr 1963 über „Fernsehen und Bildung“ (329–343) und aus dem Jahr 1964 über „Bildungsforschung und Bildungspolitik“ (388–405), die in diese 2. Auflage neu aufgenommen wurden.

Becker wünscht die Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit dem Fernsehen: „Die Zukunft der Volkshochschulen scheint mir in starkem Umfang mit der Zukunft des Fernsehens verbunden zu sein“ (342), und fordert die Verantwortlichen auf: „Es ist höchste Zeit, daß die Träger unserer Bildungseinrich-

tungen ihre Fernschocks überwinden“ (342). In seinem Bemühen, allen Menschen Bildung zu ermöglichen, sieht er im Fernsehen eine große Chance für die Zukunft: „Das Fernsehen ist eine Bildungseinrichtung, die sich künstlerischer Mittel zu bedienen weiß und vielleicht das wichtigste Instrument politischer Bildung darstellt, das wir besitzen. Auch die Ergebnisse der Wissenschaft werden durch das Fernsehen so weit und so intensiv verbreitet wie nirgends sonst“ (339). Er warnt aber auch vor einer Überbewertung des Fernsehens: „Die Zunahme an Sachinformation ist nicht ohne weiteres Bildung, aber sie erweitert die Chance von Bildung“ (335).

Becker bekämpft den Widerwillen vieler in Deutschland gegen jede Art von Bildungsplanung. Er fordert für die BRD ein zentrales Institut für Bildungsforschung, das die Voraussetzungen für gerechte Bildungsplanung erarbeiten soll, und er meint damit „eine Planung, die die Freiheit nicht einschränkt, sondern in unserer Zeit möglich macht“ (405); denn „in unserer Welt ist die Garantie der Freiheit des einzelnen nur möglich durch Organisation des Raumes, in dem